„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Berthard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

„Von London nach Winnipeg"

Unter der Ueberschrift „From London to Winnipeg" beschäftigte sich die „Manitoba Free Preß" in einem großen Leitartikel (28. August 1930) mit dem Problem einer direkten Luftverkehrsverbindung von London nach Winnipeg. Das führende westkanadische Blatt weist darauf hin, daß Winnipeg, im Herzen Canadas gelegen, auf dem Land- und Seewege gut 12 Tage von London entfernt sei, doch sei zu hoffen, daß man in wenigen Jahren in nur 2½ Tagen von London nach Winnipeg fliegen könne. Die „Free Preß" hat dabei eine Flaglinie im Auge, die über die canadische Antarktis, über Groenland und Island nach Großbritannien führt. Als die zwei Hauptschwierigkeiten, die auf dieser Strecke zu überwinden sind haben nach Meinung des Winnipeger Blattes das Fehlen geeigneter Landungsplätze und der Nebel in den nördlichen Regionen zu gelten. Ziemlich ausführlich behandelt die „Free Preß" im Zusammenhang mit ihrem Lieblingsthema noch die Frage, ob es wohl möglich sei, das vereiste Innere von Groenland zu überfliegen. Eine britische Expedition soll gegenwärtig diese Frage an Ort und Stelle studieren, während gleichzeitig eine große deutsche Expedition unter Professor Wegener ebenfalls in Groenland tätig sei.

Der Artikel erschien in der „Manitoba Free Preß", nachdem das deutsche Dornier-Wal-Flugboot „D-1422" unter der wagemutigen Führung des deutschen Flugkapitäns Wolfgang von Gronau bereits seinen epochemachenden Flug über den nördlichsten Teil des Atlantischen Ozeans mit Zwischenlandungen in Island und Groenland zurückgelegt hatte. Ohne viel Reklamegeschrei, ja fast mit einer Selbstverständlichkeit hat Kapitän von Gronau mit seiner deutschen Besatzung diesen „Probeflug" der Deutschen Verkehrsfliegerschule zu Warnemünde absolviert. Er flog von Deutschland nach Canada und schlug dabei im allgemeinen jene Luftverkehrslinie ein, die von der „Manitoba Free Preß" als die große Luftroute der Zukunft hingestellt wird. Es war gewiß eine weltgeschichtlich bedeutsame Tat des „D-1422". Doch nur im Vorüberstreifen erwähnt die „Free Preß" die Leistung der „vier Deutschen" (gemeint sind von Gronau und seine drei Begleiter) und zwar im Zusammenhang mit dem Nebelproblem, das bekanntlich auch den deutschen Flughelden einige Schwierigkeiten bereitete. Es war überhaupt auffallend, wie versteckt und unauffällig die englisch-canadische Presse, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, die Nachricht von der Landung der deutschen Flieger in Neuschottland brachte, obwohl die Meldung doch eigentlich in den Augen canadischer Journalisten eine Sensation ersten Ranges hätte sein sollen. Die alte Methode! Man schweigt tot oder sucht zu verschleiern, was die werten canadischen Leser davon überzeugen könnte, daß die Deutschen doch im Grunde genommen ganz famose, tapfere und tüchtige Kerle sind, die ein Problem mit deutscher Gründlichkeit anfassen und ohne viel Bedenken auch lösen, während man in einer Winnipeger Redaktionsstube noch tiefsinnige Betrachtungen über die Nebelfrage und über die Eiskuppen Groenlands anstellt. Es hätte auch der Ehre der führenden „Manitoba Free Preß" keinen Abbruch getan, wenn sie die Leistung von Gronaus und seiner Gefährten als eine Tat von höchster verkehrstechnischer und kultureller Bedeutung in einigen Sätzen gewürdigt hätte.

Doch wir Deutschcanadier lassen uns durch kleinliche Taktiken einer einseitig orientierten Presse in unserer Freude über den gelungenen Nordatlantik-Flug des „D-1422" nicht beeinträchtigen. Wir sind stolz darauf, daß es deutsche Männer, waren, die eine neue und zukunftswichtige Luftverkehrslinie erschlossen haben. Besonders wir Deutschcanadier haben für solche Pionierleistungen volles Verständnis, weil sie dem nämlichen vorwärtsstoßenden deutschen Geiste entspringen, der die unbekannte Wildnis der Zivilisation erschließt. Die Wildnis des eisigen, in Nebel gehüllten Nordens haben von Gronau und seine Mannen bezwungen und haben zugleich ein neues unsichtbares Band geknüpft zwischen Europa und Amerika, zwischen Deutschland und Canada. Es ist ein erhebendes Bewußtsein, daß es deutsche Männer wie der verstorbene Freiherr von Huenefeld, wie Hauptmann Koebl, wie Dr. Eckener, wie von Gronau sind, welche dem zukünftigen Weltverkehr bahnbrechend die Wege zeigen, sowohl in technischer Hinsicht wie auch in großzügigen Pionierfahrten. Das darf uns in der tröstlichen Gewißheit bestärken, daß das deutsche Volk trotz allem und allem, was seit mehr als einem Jahrzehnt es niedergedrückt und gedemütigt hat, sich einst wieder zu einer führenden Stellung in der Welt erheben wird, wie ein Vogel, der sich aus der Gefangenschaft seines engen Käfigs befreit. Ein „Glück auf!" dem deutschen Volke zum Flug in die Höhe und Ferne, und die herzlichsten Glückwünsche der Deutschcanadier dem Flugkapitän von Gronau und seinen Gefährten!

Um Deutsch-Ostafrika

Die chauvinistische englische Rothermere-Presse hat den Versuch gemacht, auf Grund eines von ihr erfundenen Zwischenfalls gelegentlich des Besuches des deutschen Kreuzers „Karlsruhe" in Tanga gegen Deutschland zu hetzen. Nach der Darstellung dieser Blätter hätte die Besatzung des Kreuzers „Karlsruhe" in Tanga einen Parademarsch durch das Eingeborenenviertel gemacht und außerdem hätte der dortige deutsche Konsul Dr. Speiser in einer Rede die deutschen Erfolge gegen die Engländer bei Tanga während des Krieges besonders hervorgehoben. Die englischen Zeitungen kündigten wegen dieses angeblichen Zwischenfalls diplomatische Schritte bei der deutschen Regierung an und benutzten die Gelegenheit gleichzeitig, um in der Oeffentlichkeit die Vorstellung zu erwecken, als ob das derzeitige Mandatsgebiet Deutsch-Ost-Afrika bereits eine englische Kolonie sei. Dies dürfte denn auch der Endzweck der künstlichen Erregung der englischen Jingo-Blätter gewesen sein, die es offenbar für notwendig hielten, die englische Regierung zu baldigem Handeln in der Frage der Annexion Deutsch-Ost-Afrikas aufzupeitschen. In Wirklichkeit ist der Besuch des Kreuzers „Karlsruhe" in Tanga **durchaus in normalen Formen verlaufen und hat zu keinerlei Zwischenfällen Anlaß gegeben.** Daß die Eingeborenen dieses Gebietes den Deutschen auch heute noch ein dankbares Angedenken bewahren und sehr viel lieber unter deutscher als unter englischer Herrschaft leben möchten, ist zwar für die Annexionswünsche bestimmter Kreise recht unbequem, hängt aber mit dem deutschen Kreuzerbesuch nicht zusammen.

Die belgische Neutralität

Zu den Fragen, die heute, im 12. Jahr nach Friedensschluß noch nicht bereinigt sind, gehört die der deutsch-belgischen Beziehungen. Im Gegenteil, man kann von einer Verschärfung sprechen, indem belgischerseits eine Flut von Schriften von einer Verteifung der belgischen These zeugen, der Franktireurkrieg sei lediglich eine Einbildung der deutschen Soldaten gewesen, was die beklagenswerten Vorgänge der ersten Kriegswochen natürlich in ganz anderes Licht rückt. Auch deutscherseits ist der Standpunkt insofern immer noch nicht geklärt, als immer noch zur Rechtfertigung des deutschen Einmarsches in Belgien vorgebracht wird, Belgien habe selbst seine Neutralität nicht gewahrt. Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, wenn Dr. Berthold Widmann in der Ausgabe der Zeitschrift des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände vom 1. August an Hand einer Kritik des Buches von Karl Hoffe „Die englisch-belgischen Aufmarschpläne gegen Deutschland vor dem Weltkrieg" vom völkerrechtlichen Standpunkt aus zu dem Ende kommt, ein non liquet hinsichtlich der Frage auszusprechen, ob die Besprechungen von 1906 eine Aufgabe der belgischen Neutralität bedeuten und es zurückweist, diese Frage zur Rechtfertigung des Einmarsches heranzuziehen. Für den deutschen Einmarsch gibt es nur eine völkerrechtliche Rechtfertigung, die Erklärung des Schrittes als einer Notstandsmaßnahme. Insofern kann man nicht über die Erklärung vom 4. August 1914 hinauskommen. Gänzlich abwegig und scharf zurückzuweisen ist jedoch die belgische Auffassung, die vor kurzem noch in der „Revue catholique des Idées et des Faits" zum Ausdruck kam, mit der sich ein redaktioneller Beitrag des Heftes beschäftigt, die den Einmarsch und die darauf folgenden Vorgänge aus allem Zusammenhang des Kriegsausbruches gerissen als Verletzung absoluten Rechts hinstellt und allerhand sehr merkwürdige Betrachtungen über die deutsche Geistesart daran knüpft.

Das gleiche Heft bringt noch eine Arbeit von Oberregierungsrat Dr. Spangenberg über „Die Einstellung des Neuen Planes zur wirtschaftlichen Seite des Reparationsproblems", in der mangelnde Rücksicht auf wirtschaftliche Gesichtspunkte im Youngplan nachgewiesen wird. Dr. Ludwig Herz beschäftigt sich mit „Versailler Schlagworten und Ideologien".

Die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift ist zum monatlichen Bezugspreis von M 1— (Einzelheft M 0.60) durch den Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, Berlin NW 7, Schadowstr. 2, III, zu beziehen.

Weltumschau

England zu deutschen Manövern eingeladen. Die Einladung an die britische Regierung, im kommenden Monat zu den deutschen Armeemanövern einen Vertreter zu entsenden, wird in der Entwicklung der Nachkriegspolitik als besonders bedeutungsvoll angesehen. Es ist dies das erstemal, daß die Briten, die sich neben den Franzosen und Belgiern am längsten an der Rheinlandbesetzung beteiligten, eine Einladung zur Teilnahme an den Manövern erhalten haben. Auch sind sie so weit die einzigen, die von diesen drei Mächten vertreten sein werden. Denn nach den gegenwärtigen Plänen werden Frankreich und Belgien, die beiden übrigen Okkupationsmächte für die Manöver 1930 keine Einladung erhalten, ebenso wenig wie Polen. Es wird berichtet, daß die Militärattaches der drei genannten Länder in Berlin auf indirektem Wege versucht haben, Einladungen zu erhalten, aber erfolglos waren. Es war Präsident von Hindenburg selbst, der in der Zeit der Rheinlandbesetzung, die bekanntlich erst am 30. Juni d. Js. zu Ende ging, es verhütet hat, daß die Vertreter der Okkupationsmächte zu den deutschen Manövern eingeladen wurden. Großbritannien ist in diesem Jahre das einzige Land, das neben den übrigen ehemaligen Feinden, wie Italien, Rußland, Japan und den Ver. Staaten, die schon früher ihre Vertreter zu den Manövern gesandt haben, diesmal vertreten sein wird.

Chef der Reichswehr tritt zurück. Der Chef der deutschen Reichswehr, General der Infanterie Wilhelm Heye, hat seine Resignation eingereicht, die mit dem 1. November in Kraft treten wird. Die Ernennung seines Nachfolgers steht dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu. General Heye war der Nachfolger des Generals von Seeckt, welcher im Jahre 1926 vom Oberkommando der Reichswehr zurücktrat, weil der damalige Wehrminister Geßler einen scharfen Tadel über ihn verhängte, weil er dem ältesten Sohn des früheren Kronprinzen gestattet hatte, an den Herbstmanövern der Reichswehr teilzunehmen.

Seit geraumer Zeit waren Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Generals im Gange. Es hieß, eine Gruppe von Offizieren habe sich gegen Heye wegen seiner liberalen Ansichten verschworen und suchte ihn aus dem Amte zu verdrängen. Dieser Behauptung aber wurde von Wehrminister Groener ernstlich widersprochen. Als wöglicher Nachfolger Heyes wird General Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, einer der Departmentchefs im Reichswehrministerium, genannt.

Wie bekannt gegeben wurde, waren es rein persönliche Gründe, die General Heye bewegten, das Oberkommando der Reichswehr niederzulegen. Er soll der Ansicht sein, daß ein jüngerer Mann mit dem äußerst verantwortlichen Posten betraut werden sollte. General Heye ist 61 Jahre alt.

Kritik der Mandatsverwaltung in Palästina. Die blutigen Vorgänge, die sich im August vorigen Jahres in Palästina abspielten, hatten ihr Nachspiel in der Veröffentlichung eines recht scharfen Berichts der Ständigen Mandatkommission des Völkerbundes, welcher in der kommenden Völkerbundversammlung gegen Ende ihrer Session erörtert werden dürfte. Gleichzeitig wurde eine Antwort des britischen Außenministers Henderson bekannt gegeben, in welcher er die britische Palästinamandatverwaltung in beleidigtem Tone gegen die von der Mandatkommission erhobenen Vorwürfe in Schutz nimmt. Beide langatmigen Schriftstücke werden zuerst dem Völkerbundrat und sodann der Völkerbundversammlung vorgelegt werden.

Die Mandatkommission des Völkerbunds, in welcher Vertreter aller Großmächte sitzen, hält in ihrem Bericht der britischen Verwaltung des Palästinamandats ein langes Unterlassungssündenregister vor. Zunächst wird die Mandatsverwaltung der Kurzsichtigkeit geziehen. Die Mandatkommission erklärt es für unverständlich, daß die Mandatverwaltung die ominösen Vorzeichen der Zuspitzung des Zwistes zwischen den Arabern und Juden unbeachtet gelassen und das kommende Blutvergießen nicht vorausgesehen habe. Namentlich wird den britischen Beamten in Palästina vorgehalten, daß sie nicht gegen die Verhetzung der Bevölkerung durch die Presse eingeschritten seien; sie hätten die jüdischen und noch in viel schlimmerer Weise die arabischen Blätter Haß predigen lassen.

Sodann wirft der Kommissionsbericht den Briten vor, sich abweisend gegen die politischen Ambitionen der Araber verhalten zu haben, als diese eine Art Volksvertretung zu erlangen suchten. Die Enttäuschung über die Nichtverwirklichung ihrer politischen Bestrebungen habe viel zu der Erregung und Unzufriedenheit der arabischen Bevölkerung Palästinas beigetragen, die sich schließlich in blutigen Pogromen Luft gemacht hätte.

An dritter Stelle in dem Kommissionsbericht steht der Vorwurf, daß die Briten, obwohl sie hätten sehen müssen, daß sich innerhalb der gemischten Bevölkerung des Landes reichlich Zündstoff anhäufte, seit mehreren Jahren fast alle ihre Truppen und auch großenteils ihre englischen Polizisten aus Palästina herausgezogen und durchaus ungenügende Ordnungsmacht zurückgelassen hätten. Bei der Polizei seien viele Araber und auch Juden eingestellt worden, die schließlich, als es zum blutigen Ausbruch der Volksleidenschaften gekommen sei, sich entweder untätig verhalten oder gar an den von Standes- und Glaubensgenossen veranstalteten Krawallen teilgenommen hätten. Als es zu den Pogromen gekommen sei, seien nur 175 britische Polizisten, ein paar Militärflugzeuge und eine kleine Panzerwagenabteilung von Soldaten dagewesen, um bei hellem Haßausbruch eine Landesbevölkerung von 500,000 Menschen niederzuhalten.

Tagesordnung des Völkerbundrates. Unter den 23 Punkten der Tagesordnung für die am 5. September in Genf beginnende 60. Tagung des Völkerbundrates sind folgende zur Verhandlung angesetzte Angelegenheiten von größerem politischen Interesse: Berichterstattung über die augenblickliche Lage zwischen Litauen und Polen, die vom Verkehrsausschuß des Völkerbundes an Ort und Stelle geprüft worden ist; die Verhandlungen über die Feststellungen des Untersuchungsausschusses in Palästina; die Entscheidung über die jüngste Verfassungsänderung in Danzig; Beschwerden der deutschen Minderheit in Oberschlesien wegen Entlassung von 32 deutschen Aerzten durch den polnischen Knappschaftsverein.

Die übrigen Arbeiten des Rates erstrecken sich auf die Neuordnung der geistigen Zusammenarbeit, auf die verschiedenen Wirtschaftskonferenzen, die seit dem Monat Mai in Genf abgehalten wurden, auf die Inkraftsetzung der Aenderungen des Statuts des Internationalen Gerichtshofes im Haag und vor allem auf die Vorbereitungen zu der für den 10. September anberaumten Vollversammlung des Völkerbundes.

Außerdem rechnet man in Genf damit, daß die Vorverhandlungen über die Europapläne Briands zwischen den dem Rate angehörenden europäischen Hauptmächten gleich in den ersten Tagen der Ratsarbeit aufgenommen und Vereinbarungen über die Einordnung der europäischen Besprechungen in die Völkerbundvollversammlung getroffen werden.

Erzherzog Albrecht will nach Brasilien. Erzherzog Albrecht von Oesterreich hat Irene Lelbach, die geschiedene Frau des ungarischen Gesandten in Sofia, die auch unter dem Namen Irene Rudnay bekannt ist, geheiratet. Aus Liebe zu ihr beabsichtigt er auf alle seine Titel und Privilegien als Mitglied des Hauses Habsburg zu verzichten und nach Brasilien auszuwandern. Wie eine offizielle Bekanntmachung besagt, erfolgte bereits vor einiger Zeit, wahrscheinlich in London, eine Ziviltrauung des Paares. Damit schwinden natürlich für den Erzherzog alle Chancen, jemals auf den ungarischen Thron zu gelangen.

Die Mutter Albrechts, die Witwe des Erzherzogs Friedrich, widersetzte sich den Heiratsplänen ihres Sohnes auf das entschiedenste, indes ohne Erfolg. Sie hatte alle Hebel in Bewegung gesetzt, um ihrem Sprößling auf den ungarischen Thron zu verhelfen und hatte energisch gegen die Thronansprüche des Erzherzogs Otto, des ältesten Sohnes des verstorbenen Ex-Kaisers Karl und dessen Witwe Zita angekämpft. Als sich die Beziehungen zwischen Erzherzog Albrecht und seiner Mutter mehr und mehr zuspitzten, beschloß der erstere nach Brasilien auszuwandern. Erst kürzlich hat er den Erzherzog Otto in Belgien besucht und diesem seine Unterstützung zur Erlangung des ungarischen Thrones zugesagt. In Brasilien hat Erzherzog Albrecht 150,000 Acker Land erworben, auf dem er 400 seiner Landsleute anzusiedeln gedenkt. Bald wird er mit seiner jungen Frau nach Südamerika übersiedeln. Er ist 42 Jahre alt.

Wieder politische Krise in Polen. Nachrichten aus Warschau besagen, daß Marschall Pilsudski, Polens „ungekrönter König", abermals vor die Aufgabe gestellt ist, das Land aus seinen Schwierigkeiten herauszuführen. Premier Slaweks Regierung mußte zurücktreten, weil sie der Lage nicht gewachsen war. In Begründung seines Schrittes hatte Slawek dem Präsidenten Moscicki dargelegt, er sei überarbeitet und fühle sich außer Stande, Leiter der Regierung und zugleich aktiver Parteiführer der Gefolgschaft der Regierung zu sein.

Pilsudski hat sich Bedenkzeit genommen und erklärend hinzugefügt: „Ich verstehe Oberst Slaweks Beweggründe vollständig. Besonders gefällt es mir, daß Slawek nicht gesonnen ist, Jedermanns Handlanger zu sein. Darum werde ich ein System wählen, welches meine Aufgabe als Premier erleichtern würde." Im Weiteren bemerkte Pilsudski, sollte er die Regierung übernehmen, würde es nur unter der Bedingung sein, daß die Mitglieder des zurückgetretenen Slawek-Kabinetts zur Mitarbeit mit ihm bereit wären.

Das Ausscheiden der Slawek-Regierung wird vielfach als eine Antwort an den Landtags-Präsidenten Daszynski und die Beschränkung ausgelegt, die von dem „Sejm" (Landtag) auferlegt wurde. Daszynski erklärte damals, die Lage der Nation sei so ernst, daß zur Pilsudski einen Ausweg finden könne. Diese Herausforderung wurde, nach Meinung politischer Beobachter, von Pilsudski aufgenommen, der die Slawek-Regierung zum Rücktritt veranlaßte und damit einen taktischen Vorsprung gegenüber den Plänen der Opposition gewann.

Schwere britische Verluste. In der Kurram-Region der nordwestlichen Grenzprovinz Peshawar hat eine britische Streitmacht in einem ernsten Gefecht mit Hathi Khel Wazir-Stämmen schwere Verluste erlitten. Hauptmann Ashcroft und acht Mann wurden in einem furchtbaren Nahkampf mit den Rebellen getötet. Zehn andere wurden verwundet. Die Verluste der Eingeborenen waren 32 Tote, 14 Verwundete und 70 Gefangene.

Aus den Berichten geht hervor, daß eine gemischte Abteilung von Grenz-Infanterie, Konstablern und Polizei nach Bannu aufbrach, um an einem Platze, an dem eine von einem feindlichen Mullah namens Fazal Qhadar geführte Streitmacht stehen sollte, Stellung zu beziehen. Die britische Abteilung hatte die Aufgabe, die Führer der Agitatoren zu verhaften. Der Mullah erschien mit einer großen Abteilung bewaffneter Krieger. Er sandte eine Botschaft des Inhalts, daß er kapitulieren werde unter der Bedingung, daß man ihm gestatte, zuerst nach dem Versammlungsort und dann nach dem Gefängnis von Bannu zu marschieren, wo seine Gefolgschaft sich ergeben würde. Es wurden Parlamentäre geschickt, um mit den Führern zu verhandeln, doch drang der Mullah mit seiner Streitmacht inzwischen weiter nach dem Versammlungsplatz vor.

Die Arbeitslosigkeit in U.S.A. Die Zahl der Arbeitslosen in den Ver. Staaten betrug am 1. April, als die Volkszählung durchgeführt worden war, 2,508,151, wie das Volkszählungsbüro erklärte. Diese Zahl ist gleich zwei Prozent der Gesamtbevölkerung Amerikas oder 5.2 Prozent der Zahl der Arbeiter im Lande. Demnach sind von jedesmal hundert Arbeitern fünf ohne Arbeit. Die Zahl schließt allerdings nur diejenigen ein, welche tatsächlich ohne Arbeit waren, aber sich auf der Suche nach Arbeit befunden haben. Diejenigen, welche Arbeit haben, aber zur Zeit der Volkszählung nicht beschäftigt waren, sind in diese Zahl nicht mit eingerechnet. Wenn diese mit in die Armee der Arbeitslosen eingegliedert werden würden, würde die Zahl zwar steigen, die Steigerung würde aber nicht sehr viel betragen.

Briten für Abschaffung der Reparationen

Die Vereinigung der britischen Fabrikanten der elektrischen Industrie befaßt sich in einem außerordentlich bemerkenswerten Bericht mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage. In diesem Bericht wird festgestellt, daß das ordnungsmäßige Funktionieren des Goldstandards durch die Zahlungen der deutschen Reparationen und durch die Regelung der Schuldenfrage mit den Vereinigten Staaten unmöglich wurde. Eine wirklich dauernde Belebung des Handels sei abhängig von einer Abschaffung der Reparationen und der Wiederverleihung von Anleihen durch die Vereinigten Staaten und Frankreich in großem Maße. Die Absorbierung großer Mengen Goldes durch die Vereinigten Staaten und Frankreich auf allen wichtigen Märkten der Welt, insbesondere aber in Südamerika und dem Osten, habe dazu geführt, daß Mittel für die Wiederbelebung des Marktes den internationalen Märkten entzogen würden. Mit einer Besserung der Lage vor dem Jahre 1932 zu rechnen, sei kaum möglich. Weiter heißt es, daß sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Deutschland eine viel empfindlichere Krise vorhanden sei als in England. Der Abschnitt, der sich in diesem Bericht auf Deutschland bezieht, lautet wörtlich:

„Deutschland befindet sich wahrscheinlich in der kritischsten Lage von allen drei Ländern. Die Reparationsschwierigkeiten sind verstärkt worden durch die Abschaffung der Sachlieferungen und durch die Kommerzialisierung eines Teiles der deutschen Reparationsschuld. Es ist nach wie vor richtig, daß die Reparationen durch Deutschland nur durch eine bedeutende Kapitaleinfuhr gedeckt werden können. Diese Kapitaleinfuhr bedingt durch einen starken Rückexport eine unnatürliche Stimulierung der Ausfuhr, die entweder durch Deflation im Auslande oder durch zwangsweise Herabsetzung der Preise erreicht wird oder in letzter Instanz durch eine Uebertragung des Reichstums Deutschlands an das Ausland erreicht werden kann. Die kürzlich erfolgte Herabsetzung der Preise der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und die Verminderung der Frachtsätze für Kohlen für Exportzwecke sind deutliche Beweise dafür, daß die deutsche Regierung den Wunsch hat, die Ausfuhr um jeden Preis zu steigern, eine Methode, die zu Rückwirkungen in anderen Ländern und zur Verschärfung des internationalen Wirtschaftslebens führen muß."

In 3 Stunden von Berlin nach Amerika

Ein Kuriosium in der Mark Brandenburg

NTB. Die großen Reedereien bemühen sich, die Reise nach der Neuen Welt immer mehr zu verkürzen. Mit „Bremen" und „Europa" braucht man jetzt nur noch 6 Tage zur Ueberfahrt, und vielleicht wird es bald noch schnellere Schiffe geben. So schnell wie die Deutsche Reichsbahn aber wird wohl nie ein Dampfer nach Amerika fahren. Sie hat alle Rekorde längst gebrochen; denn sie bringt den forschungslustigen Touristen schon in 2½ bis 3 Stunden von Berlin nach „Amerika"! Man setzt sich in einen Zug, Richtung Küstrin, steigt dort auf eine altmodische Kleinbahn — die die märkischen Amerikaner „Fliegenden Küstriner" nennen — um und bald taucht die Station „Neu-Amerika" auf. Nicht weit davon trifft man im Warthe-Bruch noch mehr merkwürdige Ortsnamen. Da gibt es z. B. ein Forkstown, ein Hampshire, und an der gleichen Straße dicht beisammen Pennsylvanien, Saratoga, Anapolis, Havannah, Savannah und Louisa. Südlich davon liegt am Crampine-Kanal Maryland. Kurios an einer Straßenkreuzung ein Wegweiser, dessen einfache Holzschilder nach — Hampshire, Ceylon, Sumatra, Florida und Jamaika zeigen! — All diese Orte mit den weltbekannten Namen sind in Wirklichkeit bescheidene Dörfchen im Kreis Ost-Sternberg im östlichen Teil der Provinz Brandenburg; außer Neu-Amerika an der Kleinbahnstrecke von Küstrin-Neustadt nach Hammer hat keins Eisenbahnanschluß.

Ihre Entstehung verdanken diese Dörfer König Friedrich dem Großen. Er hatte als Kronprinz bei seinem unfreiwilligen Aufenthalt in Küstrin und seiner Arbeit in der dortigen Domänenkammer Gelegenheit gehabt, die alljährlichen Ueberschwemmungen der niedrig gelegenen, aber fruchtbaren Bruchländer der Flüsse Oder, Warthe und Netze zu erleben. Schon als Kronprinz reifte in ihm der Plan, hier „ohne Soldaten und Kanonen" eine Provinz zu erobern, wie er später einmal sagte. 1746—1753 wurde zunächst der Lauf der Oder oberhalb Küstrins verkürzt und durch Trockenlegungen fruchtbares Acker- und Weideland gewonnen, auf dem sich in 43 Ortschaften 6137 Menschen ansiedelten. Infolge der verschiedenen Kriege, die Friedrich der Große dann zu führen hatte, wurde die Urbarmachung des Warthe- und Netzebruchs östlich von Küstrin um einige Jahre verzögert und erst 1767—1782, bezw. 1763—1777 durchgeführt. Im Wartebruch wurden durch die Trockenlegungen der Sümpfe und die Deichanlagen 300 Quadratkilometer Ackerland gewonnen! Friedrich der Große sorgte für die Anlage von Wiesen und zog aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands Ansiedler hierher. Ein Teil dieser Bauern wollte eigentlich nach Nordamerika auswandern, dessen Freiheitskampf Friedrich der Große durch Entsendung des Generals von Steuben — seinen 200. Geburtstag feierte man kürzlich in seiner Vaterstadt Magdeburg — tatkräftig unterstützt hatte. Nun wurde der Auswanderungsplan aufgegeben, und man blieb in der „Alten Welt". Nur in den Ortsnamen dieser Siedlung wurde mit Genehmigung des Königs die Sehnsucht nach Amerika für kommende Zeiten festgehalten. Es gibt in der Mark Brandenburg übrigens auch ein Philadelphia, das man sogar bequem mit der Vorortbahn nach Königswusterhausen im Südwesten Berlins erreichen kann, denn es liegt nicht weit von Storkow und ist ebenfalls eine kleine Kolonie ehemals Auswanderungslustiger.

Franz F. Schwarzenstein.

Segen der Prohibition

Laßt Zahlen sprechen, meint der Vorsitzende der amerikanischen Prohibitionsbehörde der Ver. Staaten und berichtet: 4699 Beamte standen hauptamtlich, ungerechnet die Schutzleute und die Heeresmitglieder, die für die Prohibition eingesetzt werden, im Dienste der Alkohol-Verbotsbehörde. Sie fingen 66,878 Personen. Diese Zahl übertrifft bedeutend das Fassungsvermögen der Gefängnisse und Strafanstalten Preußens. Von diesen Gefangenen konnten aber nur 56,546 bestraft werden; mehr als 10,000 Menschen wurden also in den rohesten Formen die für die Aufführung der amerikanischen Polizisten in der ganzen Welt berüchtigt sind, ihren Familien, ihrem Beruf und der Freiheit entzogen, mußten mit Spelunkengesindel schlimmster Art unerträgliche Tage und Nächte verbringen, nur weil die Alkoholschnüffler sich geirrt hatten. An die 56,000 Straffälligen teilten die Gerichte 7743 Jahre Gefängnis für die Riesenzahl von 19,000 Beistraten und 28 Millionen Mark Geldstrafen aus. Außerdem wurden 7299 Kraftwagen im Werte von 12 Millionen und Boote im Werte von 1 Million Mk. beschlagnahmt. Da in Amerika der Gebrauch von Opium und anderen Kulturgiften im Zusammenhang mit dem Alkoholverbot stark gestiegen ist, setzen die Prohibitionsbehörden auch auf diesem Gebiete mit ihren Angriffen ein und ließen 5193 Menschen mit 11,141 Jahren Gefängnis bestrafen. Freies Amerika! Aber das ist längst nicht alles. Getrunken werden in Amerika nicht etwa alkoholschwache, bekömmliche Getränke wie Bier, sondern schwerste und schädliche Alkohole, die man Tee, Kaffee und anderen erlaubten Getränken beimischt, was mit Bier wegen der damit verbundenen Vernichtung seiner Geschmackswerte unmöglich geschehen könnte. Aus solch widrigen Panschereien entstehen dann die Lähmungen, Erblindungen, Vergiftungen armer Opfer der Prohibition, die man in so ungeheuren Mengen in den Heilanstalten Amerikas antrifft.

Pensionskürzungen in Deutschland

Berlin. — Deutschland beabsichtigt Ersparnisse im Reichshaushalt durch Herabsetzung der Staatspensionen, wenn zu diesem Zweck eine Zweidrittel-Mehrheit zusammengebracht werden kann.

Nach diesem Plan würde die Höchstpension 12,000 Reichsmark jährlich betragen. Nebenverdienste sollen von allen Pensionen abgezogen werden, die 6,000 Mark überschreiten.